

**Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Konsequenzen aus der „Green Card“-Debatte**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Bundeskanzler Schröder hat angekündigt, die Bundesregierung werde die Voraussetzungen dafür schaffen, dass kurzfristig zehntausend Fachkräfte der IT-Branche aus dem Nicht-EU-Ausland in Deutschland tätig werden können, da die Branche anders ihren dringenden Arbeitskräftebedarf nicht decken könne und da ansonsten die Dynamik dieses Wirtschaftszweiges gebremst werden würde. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt diese Absicht. Sie erwartet, dass Ämter und beteiligte Organisationen bei der Umsetzung dieses Planes unbürokratisch zusammenarbeiten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist allerdings der Auffassung, dass eine zunächst angekündigte grundsätzlich befristete Arbeitserlaubnis weder den Tatsachen dieses internationalen Arbeitsmarktes Rechnung trägt, noch für die Menschen sinnvoll ist, die auf deutsche Einladung hierher kommen sollen. Die Fehler der 60er und 70er Jahre dürfen auf keinen Fall wiederholt werden; von Beginn an muss eine sinnvolle Integrationspolitik angeboten werden. Eine strikt befristete Arbeitserlaubnis ist keine „Green Card“.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass diese richtige Einzelentscheidung die Formulierung einer modernen Einwanderungspolitik für Deutschland erneut auf die Tagesordnung setzt. Einwanderungspolitik ersetzt nicht unsere Verpflichtungen einer humanen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Sie kann und soll vielmehr die Bedingungen einer rational — ökonomisch und gesellschaftspolitisch — begründeten Zuwanderung in einem zunehmend internationalen Arbeitsmarkt transparent klären und sozial gestalten. Die Bürgerschaft (Landtag) wird sich an ihrer Formulierung beteiligen.
4. Die Zulassung und Organisation von Arbeitsmigration — in beide Richtungen — darf aber keine Entschuldigung und kein Freibrief für weitere Versäumnisse in der Bildungspolitik sein. Die gegenwärtige Debatte um eine „Green Card“ sollte eher ein heilsamer Schock werden, die staatlichen, betrieblichen und persönlichen Anstrengungen für Aus- und Weiterbildung zu überprüfen und auszuweiten. Offensichtlich sind die überkommenen Verfahren zur Modernisierung von Ausbildung heute zum Teil nicht mehr ausreichend, werden die Anforderungen an flexible Weiterbildung immer größer. Das gilt nicht nur für die IT-Branche, sondern zeigt sich auch in anderen Berufszweigen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass die Erkenntnis und die Gestaltung der Auswirkungen der Globalisierung auf Aus- und Weiterbildung eine vorrangige Aufgabe der Politik in Deutschland sein muss. Internationaler Austausch in beiden Richtungen sollte dabei von vornherein Bestandteil sein. Ebenso ist es notwendig, die Fähigkeiten der bei uns lebenden „Bildungsinländer“ zu fördern und zu nutzen, indem ihnen der Zugang zu Ausbildung und Arbeit erleichtert wird.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) regt an, für diese Aufgaben ein Bündnis für Ausbildung auch auf regionaler Ebene einzurichten.

Dr. Kuhn,  
Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen